

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 77=97 (1931)

Heft: 1

Rubrik: Auslandschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Tendenzbuch, das uns überzeugen soll, daß der Klassenkampf die bisherige Entwicklung in China bestimmte und auch weiterhin bestimmen wird. Das Werk kann also für denjenigen wertvoll sein, der sich über die Aussichten des Sozialismus im fernen Osten unterrichten will. M. R.

A U S L A N D S C H R O N I K

(In der „militärischen Auslandschronik“ werden Meldungen über *ausländische* Armeen aus Fach- und Tagespresse monatlich zusammengestellt. Die Zusammenstellung kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.)

Abrüstungs-Konferenz. Lord Cecil gab am 8. November im Schoße der Vorbereitenden Abrüstungskommission eine bedeutsame Erklärung über die schweizerische Milizarmee ab. Anläßlich der Beratung über verschiedene Anträge, welche eine Herabsetzung der Dienstzeit in den Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht bezweckten, führte der Führer der britischen Delegation aus, daß gewiß alle Mitglieder der Kommission mit ihm einig seien, daß das von der schweizerischen Eidgenossenschaft eingeführte Milizsystem die *beste Lösung* darstelle, wenn es sich darum handle, eine Armee zu schaffen, die einen ausschließlich *defensiven Zweck* verfolge und nur einen solchen verfolgen könne. Wenn es möglich wäre, dieses System auf die ganze Welt auszudehnen, dann würden die schweren Befürchtungen verschwinden, welche die Existenz der großen Armeen heutzutage neuerdings hervorrufen. Dann wären auch die Ziele erreicht, erklärte der Redner, die man mit den vom Völkerbund unternommenen Bestrebungen zur Beschränkung der Rüstungen verfolge. Die Ausführungen des britischen Delegierten riefen in den Kreisen der Kommission einen lebhaften Eindruck hervor, umso mehr, als Lord Cecil bekanntlich bei der Gründung des Völkerbundes und der Ausarbeitung der Völkerbundssatzung eine hervorragende Rolle spielte und seit über zehn Jahren eine unermüdliche und erfolgreiche Propaganda zugunsten des Völkerbundes und für einen fortschreitenden Ausbau desselben entfaltet. N. Z. Z. 9. XI. 30.

Frankreich. Wie „Le Soir“ meldet, hat das Kriegsministerium bei einer belgischen Firma die für die Infanterie- und Artilleriekampfgruppen erforderlichen automatischen Gewehre bestellt. Die Lieferung soll noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Nach den Blättern ist für diese Gewehre der Browning-Typ gewählt worden.

Bei der Beratung der von der Regierung angeforderten *Nachtragskredite* für die nationale Verteidigung in der Kammer legte Kriegsminister Maginot den Standpunkt der Regierung dar. Er erklärte, daß gewisse für die nationale Verteidigung in Frage kommenden Bestände jetzt infolge der Feldzüge in Marokko und Syrien aufgebraucht seien. Für das Material seien 125 Millionen Goldfranken im Jahre 1914 angesetzt gewesen, während 1930 nur 310 Millionen Papierfrancs dafür zur Verfügung stünden. Heute handle es sich darum, das *ganze Rüstungswesen zu modernisieren*, um so mehr, als die Grenzdeckung nicht ausreiche. Es wäre unverantwortlich, wenn man aus Mangel an Krediten das Land dem Bewegungskrieg aussetzen würde, der Frankreich 1914 so teuer zu stehen gekommen sei. Man habe die gebieterische Pflicht, die französische Armee, das heißt, die mobilisierte Nation derart auszurüsten, daß sie im Falle eines Angriffes nicht gezwungen sei, den Kampf zu ungleichen Bedingungen aufzunehmen. — Im Laufe der Debatte über die militärischen Zusatzkredite in der Kammer sprach der sozialistische Deputierte Renaudel, der Berichterstatter für das Budget der Militärluftschiffahrt ist, seine Bedenken über die von der Regierung verlangte Erneuerung und Ergänzung der während der militärischen Operationen in Syrien

und Marokko zusammengeschmolzenen Vorräte an Kriegsmaterial aus. Er deutete an, daß in letzter Zeit in einer vertraulichen Sitzung des Heeresausschusses der Kammer von einer neuen, großangelegten Operation Frankreichs in Nordafrika die Rede gewesen sei. Eine solche Operation, die nach den dem Heeresausschuß gemachten Mitteilungen einen durchaus friedfertigen Charakter besitzen solle, könnte Frankreich im Hinblick auf die wachsende Unzufriedenheit unter den nordafrikanischen Berberstämmen in ein blutiges Abenteuer stürzen. Das sei der Hauptgrund, warum die sozialistische Fraktion gegen die militärischen Zusatzkredite stimmen müsse.

Die Kammer hat nach kurzer Diskussion mit 445 gegen 150 Stimmen die ganze Gesetzesvorlage über die Eröffnung von Krediten für die nationale Verteidigung angenommen.

N. Z. Z. 4. XII. 30.

Verbesserung des *Stokes-Mörser*s. Tragweite und Treffgenauigkeit des in der französischen (englischen und amerikanischen) Armee eingeführten Mörsers wurde in letzter Zeit durch Verbesserungen an Geschoß und Ladung bedeutend erhöht. Die Pulverladung ermöglicht eine Wurfweite bis auf 2000, gegen bisher 800 Meter. Das Geschoß hat statt vier Flügel acht. Das Gewicht des verbesserten Mörsers beträgt 59 Kilogramm. Es besteht die Möglichkeit der Dreiteilung: Untergestell, Rohr, Meßinstrumente. Die Patrone wiegt 3,2 kg und hat 400 g Pulver. Es wurden Versuche unternommen, die Schußweite auf 2400 Meter zu erhöhen. Bisher ist dies bis auf 2300 Meter gelungen. Die französische Armee wird somit weiter an Infanteriegeschütze die 37-Millimeter-Kanone und den nun verbesserten Mörser haben.

Oesterreich-Wehrzeitung 12. XII. 30.

Italien. Der Unterstaatssekretär im Innenministerium hat das interministerielle *Zentralorgan für den Schutz des nationalen Territoriums gegen Fliegerangriffe* eingesetzt. Dieses Organ wird mit dem Obersten Verteidigungsausschuß und mit dem Ausschuß für zivile Mobilisierung in Verbindung stehen.

Vossische Zeitung, 21. XII. 30.

Italien hat während des *Jahres 1930* drei 10,000-Tonnenkreuzer, vier 5000-Tonnenkreuzer, einen 1600-Tonnenkreuzer, sechs Unterseeboote und zwei Torpedojäger, zusammen 59,215 *Tonnen Schiffsraum* der Kriegsflotte vom Stapel gelassen.

N. Z. Z. 3. I. 31.

In der „Gerarchia“, dem von Mussolini selber gegründeten Organ für faschistische Politik, schlägt General *Orlando Freri*, der als ehemaliger Generalstabsoffizier und Kommandant der Militärakademie in Modena gewiß Gehör verdient, die Schaffung einer italienischen *Kaderarmee* vor, die nur aus Offizieren, Unteroffizieren und „Spezialisten“ bestehen soll, wobei er für die Unteroffiziere eine Dienstzeit von etwa fünf bis sechs Jahren in Aussicht nimmt. General Freri begründet diesen Vorschlag in der Hauptsache mit der gewaltigen Steigerung der Rüstungskosten; ein verhältnismäßig armes Land wie Italien könne die technischen Rüstungen nur dann auf der erforderlichen Höhe halten, wenn es in den bisherigen Ausgaben für die Mannschftsbestände des Heeres ganz erhebliche Ersparnisse erziele. Er geht von der Voraussetzung aus, daß der Soldat heutzutage keine lange technische Ausbildung mehr brauche, sondern daß er den erforderlichen Drill sogar ohne eine Schulung im Aktivdienst empfangen könne. Die moralische Erziehung sei viel wichtiger als die technische. Er schlage deshalb vor, die männliche Jugend in Zukunft obligatorisch zur Teilnahme an den dem Pfadfindertum nachgebildeten Uebungen der Balilla zu verpflichten, so dann der Avanguardia, und schließlich auch den obligatorischen Eintritt in die faschistische Miliz vorzuschreiben. Daß diese dabei den Charakter der Freiwilligkeit völlig einbüßen würde, erwähnt der General nicht; bei den Leitern der Faschistischen Partei wird das aber wohl außerordentlich schwere Bedenken erwecken. Während den beiden untern Stufen der faschistischen Jugendorganisation nur ein vorbereitender Beruf zuerkannt wird, soll künftig

die Miliz in der Hauptsache die disziplinierte Ausbildung des italienischen Soldaten vermitteln. Wenn die jungen Milizleute das Alter erreichen, in dem jetzt die Aushebung zum Militär erfolgt, so sollen nach Freris Vorschlag die Vorgesetzten der Miliz dem Kriegsministerium ein Verzeichnis derjenigen mitteilen, die sie für den Dienst in der eigentlichen Kaderarmee für geeignet halten, und ein zweites Verzeichnis solcher jungen Leute, die sie für eine intensivere militärische Ausbildung empfehlen, die immerhin noch außerhalb des Rahmens des eigentlichen Militärdienstes erfolgen soll. Der General stellt sich vor, daß die Instruktionen im allgemeinen in jeder Gemeinde an Sonn- und Feiertagen erteilt werden könnten. Auch einen großen Teil der Verwaltungsaufgaben, die Abhaltung spezieller Kurse usw., will er den Reserveoffizieren, ausgedienten Unteroffizieren usw. überlassen, die diese Dienstleistungen in freien Abendstunden ehrenamtlich zu besorgen hätten. Auch von Spezialisten, d. h. nach seiner Definition solchen Leuten, die im bürgerlichen Leben einen Beruf ausüben, der im Krieg ihre Verwendung in einer gleichen oder ähnlichen Tätigkeit nahelegt, und die daher sofort bestimmten Truppenteilen zugewiesen werden sollen, erwartet Freri weitgehende unbezahlte Leistungen. Schließlich sieht er auch, in der Hauptsache zur Ausbildung der Führer in der Handhabung der Truppen, ganz kurze, dafür aber häufig zu veranstaltende „Wiederholungskurse“ vor. General Freri erwartet von einer solchen Maßnahme, die eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit Vorschlägen aufweist, die in den letzten Monaten in Frankreich aufgetaucht sind, nicht nur eine gewaltige Einschränkung der Ausgaben, sondern anscheinend auch eine Beschleunigung und Erleichterung der Mobilmachung, wofür freilich in Italien eine nach territorialen Grundsätzen zu erfolgende Umordnung des Heeres, vor allem des Mannschaftsersatzes, die Voraussetzung wäre. Für den Dienst und die Organisation der Grenzbedeckungstruppen sieht übrigens auch der italienische General eine Ausnahme von den allgemeinen Bestimmungen vor.

Die gestern im *Ministerrat* für das am 1. Juli beginnende neue Rechnungsjahr beschlossene *Erhöhung des Militärbudgets* um rund 500 Millionen Lire wird in der Presse übereinstimmend als eine unerläßliche Maßnahme der Landesverteidigung bezeichnet. Das Budget des Heeres wird von 2877 auf 3177 Millionen Lire, der Kriegsmarine von 1476 auf 1576 Millionen, der Aeronautik von 718 auf 798 Millionen Lire erhöht. Ferner werden 20 Millionen Lire für die Ausrüstung von Milizbataillonen bewilligt. Insgesamt steigen die Militärausgaben von fünf Milliarden auf 5551 Millionen Lire. Einschließlich 205 Millionen Budgeterhöhungen für Bodenverbesserungen, Verkehrszwecke und Arbeiten in den Kolonien sind rund 700 Millionen durch eine eineinhalbprozentige Umsatzsteuer aufzubringen. Der „*Corriere della Sera*“ erklärt den Sachverhalt wie folgt: „Durch Dekret vom 28. Juli 1929 wurde die Umsatzsteuer auf die Hälfte herabgesetzt und andere kleinere Abgaben, wie Stempel auf Wirtschaftsrechnungen, Straßenbahnfahrkarten und Zeugnissen wurden aufgehoben. Durch die Maßnahmen sind die Einnahmen aus diesen Abgaben um mehr als 120 Millionen Lire vermindert worden. Durch die neuen Maßnahmen werden die abgeschafften Steuern nicht etwa wieder in Kraft gesetzt, sondern man vereinheitlicht sie in einer einzigen Abgabe von 1½ Prozent dieses Steuerzweiges und vereinfacht die Erhebung. Diese Zahlen sollen niemand erschrecken. Sie stellen an den Steuerzahler zwar erkleckliche, aber nicht unerträgliche Anforderungen.“

Ueber die Verwendung für *militärische Zwecke* äußert sich das Blatt wie folgt: „Die halbe Milliarde ist keine Luxusausgabe. Das Problem der Landesverteidigung ist eng verknüpft mit dem nationalen Leben und der wirtschaftlichen Produktion. Nur im Zustand der Sicherheit kann produziert werden. Diese Sicherheit ist nicht vorhanden, wenn sich Italien in der von heftigen imperialistischen Wellen durchwogenen Welt nicht im Verhältnis zu den Rüstungen der anderen und nach Maßgabe der zu verteidigenden Interessen bewaffnet. *Frankreichs* absurde und moralisch unhaltbare Theorie der unbedingten Bedürfnisse führt zu Rüstungen ohne Rücksicht auf internationale Aussprachen, Ver-

pflichtungen und Sicherheiten. Kein Wunder, wenn in der öffentlichen Meinung der Welt immer mehr der Eindruck aufkommt, daß es sich nicht darum handelt, Frankreich den Frieden zu erhalten, sondern den Frieden gewissermaßen gegen Frankreich zu sichern, was richtig, aber weniger bequem und beruhigend ist. Italien sieht sich gezwungen, ohne Hast und in engen Grenzen einige elementare Vorkehrungen zu treffen. — Arnaldo Mussolini schreibt im „Popolo d'Italia“, das lateinische Sprichwort: Wenn du den Frieden willst, so rüste zum Krieg! sei durch eine rauhere, modernere Wahrheit überholt: Stark sein, um frei zu bleiben.

Die *fascistischen Jugendorganisationen* umfassen nach der jüngsten Zählung 1,601,976 Mitglieder; davon entfallen 707,397 auf die Balilla, 288,076 auf die Avantgardisten und der Rest auf die weiblichen Jugendgruppen.

Oesterreich. Der Bundeskanzler hat in seiner Programmklärung eine *Novellierung des Wehrgesetzes* angekündigt. Wie wir erfahren, handelt es sich zunächst um die Abänderung einer Reihe von Bestimmungen, die durch die Bundesverfassung vom Jahre 1929 notwendig geworden ist. Die Verfassung überträgt den Oberbefehl über die Wehrmacht dem Bundespräsidenten und sieht die Ernennung der Regierung vor. Der im Wehrgesetz verankerte Soldateneid verpflichtet aber die Soldaten zum Gelöbniß der Treue und des Gehorsams gegenüber der gewählten Regierung. Es muß deshalb eine Aenderung der Eidesformel vorgenommen werden. Weitere Aenderungen im Wehrgesetz erstrecken sich auf die sozialen und sozialpolitischen Fragen. Es ist geplant, in der Organisation der Wehrmacht den Militärärzten jene Stellung einzuräumen, die sie auch im alten Heere hatten. Sie sollten in Hinkunft dem Offizierskorps angehören und nicht dem Beamtenstand. Ein weiterer Uebelstand des geltenden Wehrgesetzes wird darin erblickt, daß für die pragmatisierten Unteroffiziere und den Offiziersnachwuchs nur eine zwanzigjährige Dienstzeit vorgesehen ist. Das würde zur Folge haben, daß diese Heeresangehörigen ihre beste Lebenszeit der Wehrmacht zur Verfügung stellen und im vorgerückten Alter vor eine neue Berufswahl gestellt sein sollen. Das Soldatenanstellungsgesetz allein kann hier keine ausreichende Lösung bringen. Es muß vielmehr daran gedacht werden, diese Personen bis zur Pensionsreife dienen zu lassen. Deshalb soll für diese Kategorien die fünfunddreißigjährige Dienstzeit normiert werden.

Neue Freie Presse, 10. XII. 30.

Ungarn. Das Pariser „Echo de Paris“ brachte Äußerungen des Honvedministers Gömbös, worin dieser der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Großmächte die *Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht* in Ungarn gestatten würden, da dagegen auch die Kleine Entente nichts werde einwenden können, weil eine ungarische Armee von 35,000 Mann keine Gefahr für das Heer der Kleinen Entente von 500,000 Mann bilden könne. Diese Erklärungen des Ministers erregten in politischen Kreisen lebhaftes Aufsehen. Es wurde bekannt, daß die Regierung die Frage der allgemeinen Wehrpflicht in den Kreis ihrer Aktionen einzubeziehen gedenke. Minister Gömbös erklärte nun heute in den Wandelgängen des Parlaments, daß die Regierung bereits vor längerer Zeit eine Entschliebung gefaßt habe, an Stelle des derzeitigen Söldnerheeres die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht würde nicht bedeuten, daß die Armee den Stand der derzeitigen Miliz überschreiten würde. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hätte für Ungarn den Vorteil, daß ein großer Teil der Beträge, die für den Unterhalt des Söldnerheeres aufgewendet werden müssen, zum Ausbau der Wohlfahrtseinrichtungen verwendet werden könnte.

Belgien. Gegenwärtig steht der 1920 zwischen Belgien und Frankreich abgeschlossene *militärische Defensivvertrag* in der englischen, französischen und belgischen Presse zur Diskussion. Bisher hatten die flämischen Nationalisten

diesen Vertrag angegriffen, der Belgien zum Vasallen Frankreichs mache, und die Rückkehr Belgiens zur Neutralität gefordert. Die Regierung hatte stets geantwortet, dieser Vertrag bedeute für Belgien keine Gefahr, da er ja einen durchaus defensiven Charakter habe und übrigens am Sitz des Völkerbundes registriert worden sei. Selbst Vandervelde, der beim Vertragsabschluß Minister war, hatte jederzeit die Gefahrlosigkeit dieses Vertrags bestätigt. Am 9. November brachte die „Etoile Belge“ und am 11. November die „Indépendance Belge“ eine neue Note in die Diskussion. Sie erklärten, der Vertrag von 1920 sei seinem Inhalte nach in den Vertrag von Locarno und den Rheinpakt übergegangen, welcher die Beistandspflicht auf England, Italien und Deutschland ausdehne. Die „Indépendance Belge“ äußerte sich sogar dahin, der Vertrag von 1920 sei nur noch eine historische Kuriosität.

In seinem letzten Sonntagsartikel ging Vandervelde auf das Problem ein und stellte direkt die Frage, ob der Vertrag überhaupt noch einen Sinn habe oder hinfällig geworden sei. Er überließ die Antwort dem nationalen Parteikongreß, der sich im nächsten Februar versammeln wird. Sein Artikel hat in England und Frankreich Aufsehen erregt. In England begrüßt man die neue Einstellung zum Vertrag, weil damit Englands Verpflichtung zum Beistand im Falle eines Angriffes beschränkt wird auf das Rheingebiet, bzw. auf einen Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich, in den Belgien einbezogen würde. In Frankreich befürchtet man, die militärische Stütze, die man an Belgien habe, leide unter der neuen Interpretation. Es ist zu erwarten, daß Hymans bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen im neuen Jahr sich zu der Frage äußern wird, die vom Standpunkt der Völkerbundspolitik bedeutsam ist. Im Hintergrund erhebt sich hauptsächlich die Frage der Rückkehr Belgiens zur Neutralität, wie sie vor dem Krieg bestanden hat. Die belgischen Sozialisten benutzen die Frage, um sich gegen jede Erhöhung der Militärlasten zu wenden.

In die Debatte über die Abschaffung oder Beibehaltung des französisch-belgischen Militärbündnisses hat jetzt auch der Kriegsminister de Brocqueville eingegriffen, der in einer Rede den Militärvertrag verteidigte. Dieser Vertrag, dessen politischer Wert außer Zweifel stehe, habe auch in militärischer Hinsicht seine Tauglichkeit bewiesen. Man müsse ihn mit den gegenwärtigen Notwendigkeiten in Einklang bringen. Belgien verteidige sich selbst, wie Frankreich an allen seinen Grenzen es tue, vor allem an seiner Nordostgrenze. Diese beiden Verteidigungen seien in keiner Weise miteinander verbunden. Sie seien in jedem Land für sich ausgearbeitet und geprüft worden. Die neuen außerordentlichen Militärausgaben von 300 Millionen Franken seien völlig unabhängig von dem französisch-belgischen Defensivvertrag, der durch die Verträge von Locarno verewigt worden sei.

N. Z. Z., 27. XII. 30.

Die Presse kündigt an, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige internationale Lage der Kriegsminister im Parlament gleich nach seinem Wiederzusammentritt neue militärische Kredite fordern wird, um die *Befestigung an der belgischen Ostgrenze* zu stärken. Es soll sich hauptsächlich darum handeln, die Gegend von Lüttich in Verteidigungszustand zu setzen und den Brückenkopf von Namur auszubauen, wo fünf neue Forts errichtet werden sollen. Ueber die Höhe der Kredite ist noch nichts bekannt.

Die Regierung hat bei der Fairey-Luftschiffahrtsgesellschaft 45 Firefly-Flugzeuge bestellt, die für die Verteidigung Brüssels bestimmt sind. Die Flugzeuge können in fünf Minuten 3000 m erreichen und in zwölf Minuten 6000 m. Es handelt sich um einen Posten Flugzeuge, die ursprünglich für London bestellt waren.

Militär. Wochenblatt, Dez. 1930.

Niederlande. Der *Ausbau der zweigleisigen Bahnlinie Brüssel-Antwerpen* zu einer viergleisigen Anlage, an den sich die gleiche Erweiterung von Antwerpen bis zur holländischen Grenze anschließen soll, erregt in der holländischen Oeffentlichkeit ernsthaftige Beunruhigung. Man glaubt nicht an die von Belgien verkündete wirtschaftliche Notwendigkeit der Maßnahme, da sich die Verkehrsbewegung am

holländischen Grenzzort Roozendaal keineswegs gehoben hat, und da die dortigen Geleiseanlagen den Bedürfnissen des Eisenbahnverkehrs nach wie vor genügen. Vielmehr erblickt man in dieser Verdoppelung des Bahngeleises eine durchaus *militärische Maßnahme*, die Belgien auf Geheiß Frankreichs, seinen geheimen Vertragspflichten entsprechend, ausführt. Man sieht in diesem Geleiseausbau eine Parallelaktion zur Anlage des neuen *Kanals Antwerpen-Limburg*. Wie das „Dagblad von Noord-Brabant“ festgestellt hat, erfolgt der Terrainankauf bzw. die Enteignung für diesen Kanal unter der Leitung belgischer Offiziere durchaus nach strategischen Gesichtspunkten. Mit der Ausführung dieses Kanalwerkes wird das gesamte strategische System vollendet, das von der Nordsee bis zur Maas läuft. Es versteht sich von selbst, daß das friedliebende Holland keinen Anlaß zu solchen gewaltigen militärischen Vorbereitungen bietet, wie sie jetzt entlang der ganzen holländischen Grenze ausgeführt werden. Unwillkürlich vermutet man dahinter Vorbereitungen für einen neuen Krieg mit Deutschland, wobei holländischer Grund und Boden als Operations- und Kampfgebiet aus-ersehen ist, wenn es der Regierung nicht gelingt, in hinlänglicher Weise die Neutralität Hollands zu wahren.

N. Z. Z., 29. X. 30.

Jugoslawien. Aus Hamburg wird der Presse gemeldet, daß die dortige Firma Stielske vom jugoslawischen Staat den Auftrag zum Bau eines Motorschiffes erhalten hat, der bis September 1931 vollendet sein soll. Die Herstellungskosten gehen zu Lasten der Reparation.

Oesterreich. Wehrzeitung, 10. XII. 30.

Das ungarische Blatt „Pesti Hirlap“ veröffentlicht eine Uebersicht über das in den letzten zwei Jahren nach Jugoslawien auf dem Seewege eingeführte Kriegsmaterial, und zwar: aus Frankreich: 180,000 Gewehre, 150 MG., etwa 15 Waggonladungen Gewehrmunition, 5000 Kisten MG.-Munition, 250 Tonnen Sprengmittel, 20 Renault-Kampfw., 40 Flgz., 2 U-Boote und 50 Seeminen, aus England: 800,000 Schuß Gewehr- und MG.-Munition, 14,000 Kisten Sprengmittel, zwei U-Boote und 150 Torpedos. Das aus der Tschechoslowakei gelieferte Material ist in der Zusammenstellung nicht enthalten. (An dieser Meldung ist auffallend, daß angeblich aus Frankreich und England Gewehre, MG. und Munition bezogen wurden, da die jugoslawische Infanterie bekanntlich mit dem tschechischen Mausergewehr „M 24“ und dem l. MG. „Praga“ bewaffnet ist. — Wahrscheinlich wird es sich daher doch um tschechische Lieferungen handeln, die jedoch vielleicht aus Geheimhaltungsgründen auf dem Umweg über See erfolgten.)

Oesterreich. Wehrzeitung, 2. XII. 30.

Rumänien. In politischen Kreisen heißt es, daß der polnische Generalstabschef Piskor, der dieser Tage in Bukarest weilt, die Verhandlungen weiterführt, die vom rumänischen Generalstab anlässlich seines Aufenthaltes in Warschau begonnen wurden. Es handelt sich um eine gemeinschaftliche Abwehraktion gegen Sowjetrußland. General Piskor ist mit seinem Stab in einer Audienz beim König Carol empfangen worden.

Oesterreich. Wehrzeitung, 2. XII. 30.

Die Presse meldet, daß das *Militärbudget* für das Jahr 1931 um drei Milliarden Lei erhöht wird. Die ganze Armee soll „modernisiert“, das heißt mit den neuesten militärtechnischen Errungenschaften ausgestattet werden. Außerdem sollen französische Offiziere die Reorganisation durchführen.

Oesterreich. Wehrzeitung, 12. XII., 30.

Bulgarien. Ein neues Gesetz regelt den gesamten *Radiodienst* des Landes, einschließlich der privaten Empfangsgeräte. Der Radiodienst ist Staatsmonopol. Im Kriegsfall werden alle Anlagen ohne Ausnahme von den Militärbehörden eingezogen. Das *Budget des Kriegsministeriums* beläuft sich in diesem Jahre auf 1,147,908,000 Lewa gegen 1,242,080,040 Lewa im Vorjahre.

Milit. Wochenblatt, 11. XII. 30.

Tschechoslowakei. Wie die Oesterreich. Wehrzeitung berichtet, bereitet das Verteidigungsministerium einen Gesetzesentwurf über die Verkürzung der Präsenzdienstzeit auf 14 Monate vor, der in Kürze der parlamentarischen Verhandlung unterzogen werden soll. Im Gesetzesentwurf ist allerdings der Termin nicht vorgesehen, an dem die 14monatige Dienstzeit in Kraft treten soll. Dies soll entweder in einem besonderen Gesetz geschehen, das erst dann einzubringen wäre, wenn alle Vorbereitungen zur Verkürzung der Dienstzeit getroffen sind und das jetzt vorbereitete Gesetz bereits angenommen ist. Eine andere Möglichkeit sieht vor, daß die Regierung auf Antrag des Verteidigungsministeriums den Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes über die Verkürzung des Präsenzdienstes festsetzt.

Kürzlich wurde auf der Skodawerft in Komorn das erste Kriegsschiff der tschechoslowakischen Kriegsmarine, das Wachtschiff „Präsident Masaryk“, in feierlicher Weise vom Stapel gelassen.

Im Wehrausschuß des Abgeordnetenhauses teilte der Minister für Nationalverteidigung Dr. Viskovsky mit, daß die Militärverwaltung eine Angriffsluftflotte baue und sich um die Anschaffung leichter und schwerer Bombenflugzeuge bemühe. Zur Begründung führte er an, daß die beste Waffe gegen den Luftangriff der Gegenangriff sei.

Oesterreich. Wehrzeitung, 1. XII. 30.

Polen. Das regierungsfreundliche Blatt „Kurjer Codzienny“ befaßte sich in einem Leitartikel mit einem Aufsatz, der in der Pariser „Revue de deux Mondes“ erschienen ist, der die deutsch-polnischen Beziehungen vom militärischen Standpunkt aus analysiert. Das Blatt deutet an, daß der Verfasser, der mit drei Sternen gezeichnet hat, niemand anderer als der französische Generalstabchef Weygand selbst sei. Die Ausführungen der französischen Zeitschrift gipfeln in der Feststellung, daß bei einem eventuellen Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Polen die polnische Armee westlich von Posen dicht an der Grenze konzentriert werden würde, und Berlin schon am ersten Kriegstage von polnischen Flugzeugen bombardiert würde. Das polnische Blatt erklärt dazu, es sei nicht indiskret, darauf hinzuweisen, daß die Frage im Jahre 1921 eingehend erörtert worden sei. Damals habe der verstorbene General Rozwadowski (ehem. österreich. Generalstabsoffizier), der im Kriege gegen Sowjetrußland eine führende Rolle spielte, den Plan einer polnischen Gegenoffensive für den Fall eines deutschen Angriffskrieges ausgearbeitet.

Oesterreich. Wehrzeitung, 21. XII. 30.

Zur Förderung der Tätigkeit der Luft- und Gasschutzliga (L. O. P. P.) erhalten, wie „Polska Zbrojna“ Nr. 62, 4. März 1930, berichtet, die öffentlichen Schulen in nächster Zeit auf Veranlassung der Hauptverwaltung der genannten Liga gegen 100,000 Bücher und Broschüren und etwa 50,000 Anschauungstafeln für den Flug- und Gasschutzunterricht. Die Mittel- und Berufsschulen wurden schon im vergangenen Jahre mit solchem Material versorgt.

Rußland. Das Zentralkomitee der kommunistischen Jugend hat angeordnet, daß die gesamte kommunistische Jugend militärisch ausgebildet werden soll, um ihren Eintritt in die Rote Armee zu erleichtern. Außerdem sollen besondere Kurse eingeführt werden, um die Jugend für den hervorstehenden Luftkrieg vorzubereiten.

N. Z. Z., 17. XI. 30.

Die Zentralkommission für Organisation psycho-physiologischer Forschungen empfiehlt vor dem Marsch Verabreichung von 5 g Salz, danach 500 g Tee; Füllung der Feldflaschen mit Wasser oder kaltem Tee; kein Trinken während des Marsches und der ersten kleinen Halte, höchstens ein bis zwei Schluck aus der Flasche; beim dritten und vierten Halt nach sieben bis acht Minuten Ruhe 200 bis 250 g aus der Flasche; Nachfüllen möglichst mit abgekochtem Wasser; beim großen Halt wieder 5 g Salz auf Brot und nach dem Essen 500 g Tee; nach dem Mittagshalt beim Weitemarsch Verfahren wie vorher; nach dem Abend-

essen wieder 500 g Tee oder abgekühltes Wasser. — In 38 Kriegsmonaten verlor die zaristische Armee 3,748,699 Verwundete und 5,069,920 Kranke, die Rote Armee von 1918 bis 1921 580,733 Verwundete und 6,916,813 Kranke.

Militär. Wochenblatt, 2. XI. 30.

Es fehlt an geeigneten Anwärtern für die Kriegsschulen aus Zivilkreisen. Die Armee muß mit ihren Reserven eventuell einspringen. Frauen werden in folgenden Kriegsschulen aufgenommen: Verbindungsschulen (Leningrad und Kiew), Waffentechnische (Tula), Artl.-Technische, Militärphotograph., Militär-Verkehrswege (alle Leningrad), Spezialdienststellen des Flugwesens (Moskau). In jeder Schule können bis 25 Frauen aufgenommen werden, besonderer Unterkunftstraum ist erforderlich. Ausbildung ist wesentlich technisch. Zu Kdrn. werden die Frauen nicht ernannt. Uniform tragen und Wachtdienst tun müssen sie aber.

Oesterreich. Wehrzeitung, 12. XII. 30.

Die russischen Militärverbände haben der Regierung beantragt, die Kollektivwirtschaften zu militarisieren, damit sie im Falle eines Krieges oder einer Krise in der Lage seien, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Nach den Vorschlägen der Militärverbände sollen die Kollektivwirtschaften mit Gewehren und Maschinengewehren versehen werden. Um den Militäretat nicht zu belasten, wollen die Verbände die Militarisation auf eigene Kosten durchführen. Der Kriegskommissar Woroschilow hat sich bereit erklärt, diesen Plan der Militärverbände zu unterstützen.

N. Z. Z., 29. XII. 30.

Vereinigte Staaten. Das Marineministerium gibt einen neuen Organisationsplan für die Hochseestreitkräfte bekannt. Nach diesem Plan sollen die Effektivbestände um 4800 Mann herabgesetzt und 49 alte Kriegsschiffe von insgesamt 120,000 Tonnen (16 Torpedojäger, 25 U-Boote, zwei Kreuzer, ein Panzerschiff und mehrere kleinere Fahrzeuge) außer Dienst gestellt werden. Durch diese Maßnahmen werden im Laufe dieses Jahres 3,440,000 Dollar und im nächsten Jahre 7,750,000 Dollar erspart werden. Gleichzeitig findet eine Umgruppierung der Flotte statt, die in Zukunft in die Schlachtflotte, die Aufklärungsflotte, die U-Boote und die Flottenstützpunkte eingeteilt wird.

Daily News, 1. XII. 30.

Der stellvertretende Kriegssekretär Payne machte vor dem Jahreskongresse der amerikanischen Industrieingenieure Angaben über die Maßnahmen, die vom Kriegsamt für die *Mobilisierung sämtlicher Industrien und die Verhütung von Kriegsgewinnen* im Fall eines Krieges unternommen worden sind. Er teilte mit, daß man bei etwa 14,000 Fabriken eine Rundfrage unternommen habe, die sich auf die Fähigkeit der Fabriken bezog, sich bei Kriegsausbruch bis zu 50% ihrer Produktionsfähigkeit auf Kriegsbedarf umzustellen, und bei der auch die Höhe der Vorräte an Rohmaterialien, wie Gummi, Zinn und Mangan, festgestellt wurde. Es sei dies eine rein technische Maßnahme, damit man bei etwaigem Ausbruch eines Krieges die Verwirrung und die übermäßigen Gewinne, die 1917 zu beobachten waren, nicht wieder zu erleben brauche.

Zum *Chef des obersten amerikanischen Generalstabes* wurde General Douglas Mac Arthur ernannt. Der bisherige Chef des Generalstabes, General Summeral, ist in den Ruhestand getreten.

Major i. Gst. Karl Brunner.

Wir bitten die Herren Offiziere, Grad- und Adreß-Aenderungen der Expedition des Blattes, Benno Schwabe & Co., Basel, gefl. mitzuteilen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

La reproduction du texte est autorisée à condition de mentionner le titre complet du Journal.